
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

MÜLLER/PROMNY: FREIE DEMOKRATEN FORDERN GRÖßERES ANGEBOT AN SCHWIMMKURSEN

21.06.2021

- **Nach Corona droht eine „Generation der Nichtschwimmer“**
- **Mehr Bahnen und Zeiten erforderlich**
- **Land muss Kosten übernehmen**

WIESBADEN – „Wir dürfen nicht riskieren, dass es eine ‚Generation von Nichtschwimmern‘ gibt. In diesen Tagen, in denen es sommerlich warm ist und auch die Ferien mit einer möglichen Urlaubsreise ans Meer nicht mehr weit sind, wird die Problematik besonders deutlich, denn die Gefahr von Badeunfällen ist für die betroffenen Kinder erheblich gestiegen. Dem muss entgegengewirkt werden“, mahnt Stefan MÜLLER, sportpolitischer Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag. „Aufgrund der Corona-Pandemie hat es seit über einem Jahr keinen geregelten Schwimmunterricht für Dritt- und Viertklässler mehr gegeben. Auch Kurse auf Vereinsebene, die den Ausfall des Schulschwimmens hätten kompensieren können, fanden nicht statt“, erinnert Moritz PROMNY, bildungspolitischer Sprecher der Fraktion. Die Freien Demokraten haben die Landesregierung daher aufgefordert, ein Konzept zu erstellen, damit in Zusammenarbeit mit der DLRG und dem Hessischen Schwimmverband flächendeckend Kurse angeboten werden können. Ein entsprechender [Antrag \(Drs. 20/5902\)](#) ist bereits im Geschäftsgang des Landtags.

„Jetzt sind verstärkte Kapazitäten in den Bädern erforderlich, und das betrifft Bahnen und Zeitfenster. Sowohl die Kinder, die seit Pandemiebeginn nicht zum Zug kamen, als auch jene Jungen und Mädchen, die nun ohnehin an der Reihe sind, müssen schnellstmöglich Schwimmunterricht und Schwimmkurse bekommen können. Es darf nicht passieren, dass die verlorenen Jahrgänge einfach vergessen werden“, erklärt Müller. „Die

Landesregierung muss zudem mit den Kommunalen Spitzenverbänden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass schon während der Freibadsaison in den Hallenbädern schulischer Schwimmunterricht angeboten werden kann. Ebenso sollten schulische Bäder nachmittags und an Wochenenden von der DLRG sowie Mitgliedsvereinen des Hessischen Schwimmverbandes für Kurse genutzt werden können.“

Die Umsetzung eines solchen Konzepts würde nach Schätzungen der DLRG rund 7,5 Millionen Euro kosten, die aufseiten der Städte und Gemeinden, Schulträger, der DLRG und der Schwimmvereine entstehen würden. „Diese Kosten muss das Land tragen“, sagt Müller und fordert darüber hinaus einen „Bäderpakt“ zum Erhalt der Schwimmbadlandschaft. Durch einen solchen Pakt sollen finanzielle Mittel zur Kompensation von Verlusten infolge der Corona-Pandemie bereitgestellt werden, sodass das Bestehen der Bäder auch für die Zukunft gesichert ist. „Nur wenn es noch genug Schwimmbäder gibt, können Kinder weiterhin die Chance haben, sicher schwimmen zu lernen.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de